



Präsidentin der Welthungerhilfe warnt vor Eskalation der Flüchtlingsproblematik

Osnabrück (epd). Die Präsidentin der Welthungerhilfe hat angesichts der Armut in Entwicklungsländern vor einer Eskalation der Flüchtlingsproblematik in Europa gewarnt. "Wir werden gar nicht so viele Grenzen schützen können gegen die Menschen, die nach Europa drängen, weil sie besser leben wollen", sagte Bärbel Dieckmann am Mittwochabend in Osnabrück. Diese Menschen Wirtschaftsflüchtlinge zu nennen und ihnen die Einreise zu verweigern sei zynisch, weil Europas Wohlstand auf Kosten der Dritten Welt gehe.

Die Situation auf der italienischen Insel Lampedusa sei nur ein Vorbote des sich aufstauenden Drucks, dem Europa letztlich nicht standhalten werde, betonte Dieckmann. Sie forderte die Menschen in Europa auf, die eigenen Konsumgewohnheiten zu ändern. Die Präsidentin diskutierte beim "Osnabrücker Friedensgespräch" mit dem Präsidenten des Umweltbundesamtes, Jochen Flasbarth, und der ehemaligen Staatssekretärin im Entwicklungshilfeministerium, Uschi Eid. Thema war der Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum, Klimawandel und Ernährungskrise.

Rund eine Milliarde Menschen weltweit hungerten, weil Lebensmittel, Bildungschancen und Arbeitsplätze ungerecht verteilt seien. In Europa werde die Landwirtschaft hoch subventioniert. Bauern in der Dritten Welt seien überhaupt nicht mehr konkurrenzfähig, sagte Dieckmann. Die Spekulationen mit Nahrungsmitteln verschärfe die Lage: "Die Kleinbauern dort werden überrollt von billigem Getreide und Gemüse aus Europa und den USA. Da lohnt sich der eigene Anbau nicht mehr."

Uschi Eid fügte hinzu: Immer mehr Firmen aus Industriestaaten kauften gerade die fruchtbarsten Ländereien auf. In Kambodscha etwa gehöre den Ausländern schon 40 Prozent des Agrarlandes. Damit einher gehe der sich verschärfende Kampf um die geringer werdenden Wasservorräte der Erde.

Der Klimawandel verschärfe die Probleme noch, ergänzte Jochen Flasbarth. Extreme Wetterereignisse nähmen deutlich zu. Dürren und Überschwemmungen trafen die am wenigsten entwickelten Länder besonders hart, weil sie so gut wie keine Schutzmaßnahmen treffen könnten. Mit einer Erderwärmung um zwei Grad und dem Verschwinden ganzer Ökosysteme wie etwa den Korallenriffen habe man sich bereits abgefunden. "Jeder einzelne Staat darf jedoch jetzt nicht eine Sekunde mehr nachlassen im Klimaschutz. Sonst werden die Auswirkungen des Klimawandels gänzlich unbeherrschbar werden." (0054/30.6.11)